

Ebenso wenig ist *der* Jesus, wie er in der Passionsgeschichte dargestellt und in der Alltagswirklichkeit der Schauspieler fortlebt, einfach *der* Jesus, wie ihn Historiker oder Exegeten ermitteln oder – erst recht nicht – wie ihn eine christliche Gemeinde verkündet. Es ist vielmehr jener Jesus, wie ihn Daniel Coulombe und seine Truppe in ihren subjektiven Lebensumständen entdecken: ein „*homme sauvage*“ (wilder Mann) – so der Titel eines Filmes, von dem in der U-Bahn-Station ein Plakat hängt – ein Mensch, der sich die Freiheit nimmt, anders zu sein als die anderen. Arcands Jesus ist ein weiteres Beispiel dafür, daß auch in der vom Christentum entfremdeten modernen

Gesellschaft der Jesus-Stoff *noch nicht ausgeschöpft* ist, sondern vielmehr Hinweise für ein geläutertes Menschsein bereit hält, ja sogar Hoffnung ausstrahlt. Dabei lebt dieser Film von jenem für das kirchliche, zumal katholische Christentum eher fremdartigen Charme eines sehr nordamerikanischen, unmittelbaren Umgangs mit dem Mann aus Nazareth. Mit der Meßlatte einer kirchlichen Dogmatik wird man da nicht herangehen dürfen – was aber nicht heißt, daß dieser „wilde Mann“ nicht auch denen etwas zu sagen hat, die ihn selbst eher im Lichte der kirchlichen Lehrtradition zu sehen gewohnt sind.

Klaus Nientiedt

„Land der Rosen oder der Sklerosen?“

Ein Situationsbericht über die „Wende“ in Bulgarien

Von allen ost- und südosteuropäischen Ländern, die sich im vergangenen Jahr vom totalitären Kommunismus stalinistischer, sowjetischer oder auch nationaler Prägung frei machten, war Bulgarien das unauffälligste. Bis heute gibt es dort eine rein kommunistische Regierung, nachdem sich die KPB Anfang Februar mit der Opposition über die Bildung einer Koalitionsregierung nicht einigen konnte. Wolf Oschlies, Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und hervorragender Kenner Bulgariens, ist dennoch der Meinung, die Wende vollziehe sich dort besonders gründlich und wenn unauffällig, dann deswegen, weil sie durch den „liberalen“ Kurs Todor Shiwkows ein Stück weit – contre cœur – vorbereitet war. Hier sein Bericht.

Bulgarien ist ein moderner agro-industrieller Staat mit touristischen Ambitionen. Es ist das klassische Land der Slaven, von dem aus vor 1000 Jahren die Schüler der „Slaven-Apostel“ Kyrill und Method das slavische Schrifttum begründeten. Es war 500 Jahre unter türkischer Fremdherrschaft und wäre in ihr untergegangen, hätte nicht die nationale christliche orthodoxe Kirche die Flamme der bulgarischen Kultur gehütet. Es hat unter dem Kommunismus weniger als andere gelitten, weil es seine Anfänge mit einem „verschlafenen Stalinismus“ und seinen Fortgang mit gelassenem Pragmatismus aufzufangen verstand. Und vor allem ist Bulgarien ein balkanisches Land. Dieser Umstand legt ein paar soziologische Gesichtspunkte nahe, die gerade bei den gegenwärtigen Umwälzungen im Lande zu beachten sind.

In den Jahrhunderten des „türkischen Jochs“ gab es nur zwei Dinge, an die man sich als Bulgare halten konnte – die bulgarischen Schulen und die eigene Familie. Diese *Familie* hieß „familiäre Großgemeinschaft“, war ein eigener Wirtschaftsverband von meist über 100 Menschen und hatte ihre subtil ausgeprägte Hierarchie, die ihrerseits

Funktionen und Rang jedes Individuums bestimmte. Wer in dieser Hierarchie ganz oben stand, konnte auf Achtung und Loyalität zählen – solange sein Tun und Treiben der Familie zählbaren Nutzen brachte und seine Patronage nicht zur Diktatur ausartete. Trat das ein, dann wurde der Oberste gnadenlos gestürzt. Weil das albulgarische Erbrecht alle Familienmitglieder gleich behandelte, auch die Frauen, und sie mit gesundem Selbstbewußtsein ausstattete, mußte jeder Familienchef damit rechnen, bei aller Achtung stets kritisch beäugt zu werden.

So war es in bulgarischer Vergangenheit – so ist es immer noch. Und kein anderer als *Todor Shiwkov* (* 1911) mußte das am 10. November schmerzlich erfahren, als er – nach über 35 Jahren in bulgarischer Spitzenposition – gestürzt wurde. In seiner Amtszeit hat Shiwkov alle negativen Entwicklungen der „Bruderländer“ von Bulgarien ferngehalten – keine DDR-„Abgrenzung“, keine polnischen Wirtschaftseinbrüche, keinen tschechoslowakischen Neostalinismus. Shiwkov war nie ein bulgarischer Honecker oder gar Ceauşescu, eher schon ein bulgarischer Kádár – der jahrzehntelang eine (fast) liberale Politik trieb, um dann zu stürzen, als er zum Hemmnis wirklicher Liberalisierung geworden war. Oder wie es *Blaga Dimitrova*, Bulgariens weltbekannte Poetessa, bei einer Demonstration in Sofia ausrief: „Bulgarien, das Land der Rosen, wurde zum Land der Sklerosen!“

„Promjana“ heißt „Wende“

Die *Bulgarische KP (BKP)* erregt seit Monaten das Erstaunen der Beobachter: Äußerlich kaum verändert, gibt sie die wesentlichen Impulse für einen tiefgreifenden Reformprozeß und hat – als einzige KP Osteuropas – dabei noch Mitglieder *gewonnen!* Derzeit zählt sie rund 980 000 Anhänger. An ihrem geistigen Profil wirken drei Reform-

fraktionen mit, ihr gegenüber steht eine *vielfältige Opposition*, die aber in ihren pointiert nichtsozialistischen Zielsetzungen geeint ist. Freie Wahlen stehen für den Mai dieses Jahres an – Bulgarien ist derzeit interessant wie selten zuvor.

Alle diese und andere Dinge sind die Folge von Bulgariens Sonderentwicklung seit dem Spätherbst 1989. Zum einen wurde die *promjana* (Wende) nicht auf der Straße vorbereitet. Demonstrationen gab es in Bulgarien erst später – nachdem Shirkovs Sturz am 10. November 1989 als veritabler Putsch im Politbüro, konspirativ vorbereitet und von Gorbatschow gebilligt, über die Bühne gegangen war. Wenige Tage später hielt ein alter Intimfeind Shirkovs, General *Slavitscho Trynski*, in der *Nationalversammlung* (Parlament) eine wahre Brandrede, die den aufgestauten Zorn über Shirkov artikuliert und als typisch bulgarische Abrechnung mit einer unfähig gewordenen Vaterfigur den neuen Führern einen optimalen Start verschaffte. Trynski, schon 1952 von Shirkov drangsaliert, stellte diesen als unerträglichen Selbstherrscher hin, der Bulgariens Entwicklung 35 Jahre gebremst und in den letzten Jahren durch immer neue Weisungen und „Konzeptionen“ völlig ans Ende gebracht hatte. So etwas stieß in Bulgarien auf offene Ohren, wo man die schlechte Versorgungslage spürte und sich an die vergangenen Jahre erinnerte, in denen die „Ministerien“ durch „Räte“ ersetzt wurden, die „Räte“ wiederum durch „Ministerien“ und die Konfusion allgemein war.

Weiterhin erzählte Trynski pikante Details, wie rüde Shirkov mit populären Politikern wie Verteidigungsminister *D. Shurov* oder ZK-Sekretär *St. Michailov*, ein international angesehener Soziologe, umgesprungen war; da diese zur Konspiration gegen Shirkov gehörten, konnte so etwas ihr öffentliches Prestige nur heben. Trynski ließ nichts aus, was Shirkov schaden konnte – bis hin zu der Bemerkung, daß frühere bulgarische Zaren drei, Shirkov aber dreißig Residenzen gehabt habe; daß Shirkov das ganze Land in private Jagdreviere parzelliert, daß er nachtragend und wankelmütig war und Menschen planlos an sich zog und wieder wegstieß, daß er die Geschichte zum eigenen Ruhm fälschte, eine Familienpolitik in der Staats- und Parteispitze betrieb, daß er seit dreißig Jahren den Staatssicherheitsdienst als eigene Leibstandarte mißbrauchte, daß sein Sohn Vladimir Dollar-Millionen in westlichen Spielkasinos verzockt habe und ähnliches in Fülle mehr.

Die *Trynski-Rede* war ein Paukenschlag, dessen Echo immer noch hallt. Daß Shirkov nach ihr „erledigt“ war, verstand sich von selber – ein „Vater“, der so wirt und verschwenderisch agiert, ist bei einer sparsamen Bauern-Nation, wie es die Bulgaren immer noch sind, unten durch. Zum zweiten wurde die Rede ein Prüfstein, ob es ein neues Klima gäbe und wie dieses weiterginge: Die „Lehrerzeitung“ wollte sie veröffentlichen, was ihr aber von einer ZK-Abteilung der BKP verboten wurde. Daraufhin gab es einen typisch Sofioter Krach, an dem die ganze Hauptstadt beteiligt war, und die Rede erschien –

mit Verspätung und in Begleitung einiger böser Gewerkschafts-„Resolutionen“, in denen gegen parteiliche Beschränkungen der neuen Glasnost protestiert wurde. Das war ein früher und darum wirksamer Warnschuß vor den Bug der neuen BKP-Führung unter dem langjährigen Außenminister *Petar Mladenov*, die sich fortan erfolgreich hütete, nochmals den allgemeinen Zorn auf sich zu ziehen.

Zum dritten wirkte die Rede wie eine kollektive Rehabilitation aller jener, die unter Shirkov zu „Unpersonen“ geworden waren. Eine der ersten Aktionen Mladenovs war es, über 70 Querdenker der Hauptstadt – alle von Shirkov ins politische und/oder soziale Abseits gedrängt – einzuladen und sich stundenlang ihre Klagen und Vorschläge anzuhören. Das BKP-Organ „*Rabotnitschesko delo*“ (Arbeitersache) veröffentlichte die Gästeliste, die nahezu deckungsgleich mit jener war, die Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* bei seinem Bulgarien-Besuch 1988 aufgestellt hatte; und diese kaum kommentierte Auflistung von – eindeutig bekannten – Namen dürfte der neuen Führung mehr Vertrauen als mehrere lange Erklärungen eingebracht haben.

Spätestens eine Woche nach vollzogener Wende waren deren *drei Besonderheiten* evident: Die BKP wollte, erstens, möglichst allen reformerischen Ideen einen Schritt voraus sein und diese zu den ihren machen. Den Auftakt dazu gab Mladenov bereits am 17. November, als er im Parlament erklärte, Bulgarien müsse ein „Rechtsstaat“ werden, wozu als erster Schritt das Parlament in seine klassischen Funktionen zurückgeholt werden müsse; die Parlamentarier nutzten das augenblicklich aus, indem sie das politische Strafrecht strichen und eine Amnestie verkündeten. Die Wende war, zweitens, eine „Revolution von oben“, die sich erst post factum eine Massenbasis verschaffte; am 17. und 18. November war Sofia Schauplatz zweier Großdemonstrationen, die der Mladenov-Führung doppelten Gewinn brachten – Zustimmung zu ihr und zu ihrem Programm. Und die bulgarische Wende war, drittens, in der Weise „personifiziert“, daß sie durchweg von Shirkov-„Opfern“ repräsentiert wurde; bereits in ihren ersten Stunden hatte Mladenov ein Sonderflugzeug nach London geschickt, um von dort *Aleksandar Lilov* heimzuholen – bis 1983 Shirkovs „Kronprinz“, danach von diesem in die Wüste geschickt. Lilov hatte dann als Direktor des Sofioter „Instituts für moderne Sozialtheorien“ amtiert und befand sich gerade auf einem Sprachkurs in England – seit Anfang Februar 1990 ist er der neue BKP-Chef.

Opposition und BKP

Wenn man so will, begann die bulgarische Wende irgendwann zwischen April und August 1982. Damals hatte der (1965 aus der BKP ausgeschlossene) Philosoph *Sheljo Shelev* sein Buch „Der Faschismus“ herausgebracht, das vom bulgarischen Publikum über Nacht als großartige Monographie angenommen wurde. Die Leser hatten

nämlich sofort erkannt, daß das Buch den falschen Titel trug, daß es besser „Der Totalitarismus“ oder gar „Der stalinistische Kommunismus“ heißen müßte – wenn man den Titelbegriff in dieser Weise wechselte, erhielt man eine kluge und entlarvende Analyse der eigenen Gegenwart. Etwas später merkte das auch die Shivkov-Führung und ließ das Buch im August einziehen und einstampfen. Womit die kometenhafte Karriere der Studie begann – buchstäblich jeder Bulgare kannte den Fall, viele besaßen das Buch (und sei es in Fotokopie). Und den Schaden davon hatte Shivkov, der sich in der Folgezeit Schienbeintritte in Fülle gefallen lassen mußte. Den „schönsten“ versetzte ihm im März 1985 die Sofioter Literaturzeitung „Puls“ – mit dem Gedicht „Herbst“, bei dem sich die Anfangsbuchstaben der Zeilen, untereinander gelesen, zu dem Ruf vereinten: „Nieder mit Todor Shivkov“.

Heute ist Sheljo Shelev der führende Kopf der bulgarischen Opposition, der in schöner Gelassenheit unerhörte Dinge sagt. Ausgerechnet der konservativ-ideologischen Zeitung „Volksarmee“ gab er am 5. Dezember 1989 ein Interview dieses Inhalts: „Sozialismus“ ist in der Theorie eine Illusion, in der Praxis eine Katastrophe – von Marx über die Oktoberrevolution bis zum Eurokommunismus. Wenn die „sozialistischen“ Länder Glück haben und sich entsprechend reformieren, werden sie eine „demokratische Variante des Kapitalismus“ erreichen, also Verhältnisse sozialer Gerechtigkeit, wie sie „in Schweden und Westdeutschland schon bestehen“.

Bis zur Wende war die politische Opposition in Bulgarien nur durch einige *Bürgerrechtsbewegungen* vertreten: Gewerkschaft „Unterstützung“, Vereinigung „Öko-Glasnost“, „Klub zur Unterstützung von Glasnost und Perestrojka“ und wenige mehr. Zudem waren sie alle derselben Zelle entsprossen, dem 1979 gegründeten „Klub ‚Freunde der Sofioter Architektur‘“. Diese Intellektuellen-Gruppe, von dem Journalisten *Stefan Prodev* geschickt und effizient geführt, mischte sich kompetent in die hauptstädtische Urbanistik ein und errang schon vor Jahren spektakuläre Erfolge: Änderung des Streckennetzes der Sofioter Metro, Veto-Recht bei städtebaulichen Veränderungen usw. Diese Erfolge schärfen und stärkten das politische Bewußtsein, aus dem dann die politische Opposition von heute erwuchs. Bereits Mitte Dezember 1989 schlossen sich ein gutes Dutzend Parteien und Bewegungen zur „Union der demokratischen Kräfte in Bulgarien“ (Leiter Sheljo Shelev) zusammen, und nur zwei Wochen später war die „Union“ nur eine von über 20 Gruppen, die sich mit der BKP am „Runden Tisch“ zusammensetzten.

Mittlerweile ist die *Opposition* in ihrer organisatorischen Vielfalt kaum noch zu überblicken. Glücklicherweise besteht seit Anfang Dezember 1989 bei der amtlichen Nachrichtenagentur BTA der „Pressedienst Kurier“, der – bei dem immensen Abonnementspreis von 44 Leva monatlich, was dem Fünftel eines guten Monatslohns gleichkommt – allen politischen Gruppen offensteht. Wenn man die Fülle der Gründungen und Deklarationen überblickt, dann las-

sen sich folgende Großgruppen der Opposition ausmachen: a) *systemkritische O.* („Union“), b) *historische O.* (Wiedergründung der nach 1945 verbotenen bzw. zwangsvereinigten Parteien wie Demokraten, Liberale, Sozialdemokraten, Agrarier „Nikola Petkov“ u. a.), c) *ökologische O.* (Ökoglasnost, Grüne Partei), d) *berufsständische O.* (zahlreiche unabhängige Gewerkschaften und Berufsverbände), e) *nationale O.* („Ilinden“ Bewegung der Makedonen in Bulgarien). Vereint ist die Opposition in ihrem politischen Mißtrauen, das in 45 Jahren kommunistischer Herrschaft erwachsen ist, wie auch in ihrem Willen, rechtliche Garantien gegen eine erneute Alleinherrschaft der BKP einzufordern: Keine „führende Rolle“ für die Kommunisten, Trennung der BKP vom Staat, konsequente Beachtung der Menschenrechte, freie Wahlen und eine neue Verfassung, Gleichheit aller vor dem Gesetz usw.

Und die BKP? Wird sie durch das vereinte Votum der Opposition aus dem Gleichgewicht gebracht? „Die BKP weicht dem Druck der Opposition nicht aus, sie läuft dieser vielmehr voraus, und nicht selten hat die Opposition Mühe, sie einzuholen“, schrieb die populäre Wochenzeitung „Volkskultur“ in einem Kommentar. Das ist nicht einmal übertrieben, und es liegt vor allem an den *drei Reformfraktionen*, die in der BKP den Ton angeben. Erstens die „*Alternative Sozialistische Vereinigung*“, die für einen antistalinistischen, antitotalitären Sozialismus auf demokratisch-rechtsstaatlicher Basis eintritt; von dem Philosophen *Nikolaj Vasilev* geführt, vereint sie etwa 35 000 Anhänger und hat sich Mitte Februar von der BKP getrennt, um fortan einen eigenen Weg zu gehen – möglicherweise in Fusion mit dem oppositionellen „Klub für Glasnost und Demokratie“, zu dem sie auch früher schon enge Bindungen unterhielt. Ein fast identisches Programm vertritt die von *Dragomir Draganov* geführte Fraktion „*Demokratisches Forum*“, deren Vorstellungen von einem „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ allerdings direkter auf bulgarische Traditionen und die Bedürfnisse Bulgariens ausgerichtet sind: nationale Sozialisten (wenn man so will). Die dritte Fraktion ist die interessanteste: der von dem international angesehenen Jugendsoziologen *Petar-Emil Mitev* geleitete „*Bulgarische Weg nach Europa*“, der davon ausgeht, daß ein knappes halbes Jahrhundert kommunistischer Herrschaft Bulgarien in Verhältnisse zurückgeworfen hat, die in Westeuropa bereits mit der Aufklärung vor Jahrhunderten überwunden waren; Bulgarien wird sein geistiges, wirtschaftliches, soziales und zivilisatorisches Defizit nur überwinden können, wenn es strukturellen Gleichschritt mit Westeuropa aufnimmt.

Ende Januar 1990 hielt die BKP einen „*außerordentlichen*“ *Parteitag* ab, der als Ereignis eine eher lustlose Angelegenheit war. Wenn er dennoch in die Geschichte eingehen wird, dann durch ein *neues Statut und Programm für die BKP*; beide Dokumente waren schon vor dem Parteitag bekannt und bekamen selbst Moskauer Beifall: Die BKP will organisatorisch und konzeptionell *alles* abstreifen, was an ihre diktatorische Vergangenheit erinnert; sie will

eine normale Partei werden, die Demokratie im Inneren praktiziert und diese für die gesamte Gesellschaft garantiert. Dabei würde sie sogar eine Niederlage bei den für Mai 1990 anberaumten Wahlen hinnehmen. Wie der neue BKP-Vorsitzende *Aleksandar Lilov*, dessen Wahl in Ost und West positiv aufgenommen wurde, in einem Interview es sagte: „Das Volk ist der Souverän, es verleiht Macht – und kann sie auch wieder nehmen.“

Wirtschaftlicher und anderer „Anschauungsunterricht“

Bis heute streiten sich Ungarn und Bulgaren darum, ob die ungarische Wirtschaftsreform von 1968, die dem Land nahezu „westliche“ Verhältnisse verschaffte, nicht im Grunde ein bulgarisches Konzept war, das die Bulgaren infolge Moskauer Einspruchs nur nicht ausführen durften. Wie dem auch sei: mit seiner oft aber stets nur halbherzig „reformierten“ Planwirtschaft kam Bulgarien um 1984 in eine massive *Krise*, die sich vor allem in einem leergefegten Binnenmarkt und einer jährlichen Inflationsrate von mindestens 11 Prozent, wahrscheinlich aber noch weit mehr, auswirkte und von einer „kosmetischen Statistik“ immer unzureichender verborgen wurde. So sagte es Prof. *Ljuben Berov*, Nestor der bulgarischen Wirtschaftswissenschaft, wobei er die gravierendsten Umstände noch höflich verschwieg. Wie ein Schock traf die Bulgaren die Expertenaussage, daß das Land im Westen mit 10–12 Mrd. Dollar verschuldet sei – also pro Kopf der 9 Mio. Bulgaren die *höchste Verschuldung Osteuropas* aufweise. Und die Wirtschaftslage ist derzeit so, daß Bulgarien Mühe haben wird, auch nur die Zinsen seiner Verschuldung aufzubringen: Arbeitsdisziplin und -produktivität am Boden, seit sieben Jahren negatives Wirtschaftswachstum, technologisch veralteter Maschinenpark samt „deformierter Branchen- und Produktstrukturen“, Versorgung 1989 deutlich schlechter als 1980/81, defizitäre Staatsbudgets seit Jahren usw.

Das alles ist die *Folge kommunistischer Wirtschaftspolitik* mit ihrer Vernarrtheit in die rüstungswichtige Schwerindustrie, ihren Eingriffen in gewachsene Eigentums- und Produktionsformen, ihrer verfehlten Planung, ihrer politisierten Wirtschaftswissenschaft u. a. m. Ein Ausweg kann nur im Abbau der Plan- und Subventionswirtschaft und in der Hinwendung zur konsequenten Marktwirtschaft, in einer Öffnung zur Weltwirtschaft liegen – was schmerzlich werden wird, aber nicht unmöglich ist. Diese Erkenntnisse sind in Bulgarien heute Allgemeingut – Expertendiskussionen im Fernsehen und Artikel in den Zeitungen sagen seit Monaten nichts anderes. Und alle – Debattierer und Zuschauer, Schreiber und Leser – kommen zu der Schlußfolgerung, daß „sozialistisches“ Wirtschaften per se von Übel ist, in Bulgarien ganz besonders: Das einstmals fleißige Bauernvolk mit seinen gesicherten Besitzverhältnissen, seinen blühenden (weil freiwilligen) Genossenschaften und seiner umsichtig gestarteten Industrialisierung wurde zum Versuchsobjekt einer völlig ver-

fehlten Wirtschaftspolitik und muß nun die bitteren Folgen davon ausbaden.

So bringt der Blick zurück „Anschauungsunterricht“ für die Gegenwart, und das gilt nicht nur für die Wirtschaft. Neugegründete Parteien erinnern an Verbote und Zwangsvereinigungen der Nachkriegszeit; rehabilitierte Politiker wie *Trajscho Kostov* (BKP) und *Nikola Petkov* (Agrarunion) gemahnen an stalinistische Schauprozesse; Memoiren wie die von General *C. Anev* rufen den gescheiterten Putschversuch nationalbewußter Militärs von April 1964 ins Gedächtnis (gescheitert am Eingreifen des sowjetischen KGB); wiederaufgenommene Verfahren – wie das um den Tod von *Georgi Markov*, der 1978 in London einem geheimnisvollen „Regenschirm-Attentat“ erlag – decken das unkontrolliert-allmächtige Wirken des bulgarischen Staatssicherheitsdienstes auf; im westbulgarischen Pirin-Gebirge entstehende makedonische Vereinigungen sagen den Bulgaren, daß Makedonen keine „West-Bulgaren“, sondern eine eigenständige slavische Nation mit eigener Sprache und Kultur sind. Und noch vieles mehr – selbst in der *Außenpolitik* funktioniert dieser heilsame „Anschauungsunterricht“: Erst die Erkenntnis, international fast völlig isoliert zu sein, ließ die bulgarische Öffentlichkeit von den antitürkischen Repressalien der Jahre 1984–1989 abrücken (durch die 310 000 Menschen aus dem Land gejagt wurden). Die Kampagne wurde gestoppt, die nationalen Rechte des „turksprachigen Teils der Bevölkerung“ sind wiederhergestellt. So die offizielle Interpretation, die manchen zu weit geht – es gab um die Jahreswende einige stürmische Demonstrationen gegen die „Feze“ –, vielen aber nicht weit genug: Es gibt gewiß „turksprachige Bulgaren“ und „bulgarische Muslime“ (sagen sie), in jedem Fall gibt es aber auch *Türken* in Bulgarien, und solange das nicht auch von der Führung eingesehen wird, kann eine auswärtige Besserung der Stellung Bulgariens nur schwer eintreten.

Für die bulgarische Wende waren die Auseinandersetzungen um die *nationale* Frage (so der allgemein gebrauchte Ausdruck), die Bulgaren zwischen dem 30. Dezember 1989 und dem 9. Januar 1990 in Wallung brachten, so etwas wie eine „Reifeprüfung“: Die neue Führung, durch einen dramatischen Appell von *A. Lilov* dazu förmlich gepeitscht, hatte am 28. Dezember alle Beschränkungen gegen Türken und Turksprachige aufgehoben und dabei auch das alte Leitbild einer *ethnisch-monolithisch bulgarischen Nation* verabschiedet. Das bewirkte zwei Tage später eine Art Generalmobilmachung der konservativ-nationalistischen Kräfte, die speziell im Süden, aber auch in der Hauptstadt zu stürmischen Demonstrationen aufmarschierten; dabei wurden die Reformen als Vaterlandsverräter, Gorbatschow als Feind Bulgariens bezeichnet und alle Türken zum Verschwinden aufgefordert. Diese Töne waren derart schrill und für jeden Patrioten peinlich, daß sie wie ein heilsamer Schock wirkten: Die neue Führung erkannte, daß sie mit ihren Beschlüssen die wahren Gegner der Wende zum Verlassen ihrer Deckungen gebracht hatte; und diese Gegner erwiesen sich als „Leichtge-

wichte“. Die bulgarische Öffentlichkeit sah und sagte, daß die größten Gefahren für Bulgarien von denen ausgehen, die da so lautstark für *Bulgarien den Bulgaren* randalierten.

Und die Kirche?

Wer sich die bewegte politische Landschaft in Bulgarien heute anschaut, kann nur staunen, wie wenig die orthodoxe *Kirche* in ihr präsent ist. Man ist geneigt, das der traditionellen „Unauffälligkeit“ des bulgarischen Christentums zuzuschreiben. Jeder Bulgare weiß, daß es Bulgarien und Bulgaren nur darum noch gibt, weil beider Geist von der Kirche über die Jahrhunderte türkischer Fremdherrschaft (1393–1878) hinweg bewahrt wurde. Dieses Wissen hat zu allen „sozialistischen“ Zeiten Bemühungen um „wissenschaftlichen Atheismus“ zu lachhafter Wirkungslosigkeit verurteilt – dieses Wissen hat aber auch stets für eine treue Anhänglichkeit der Bulgaren an ihre Orthodoxe Kirche gesorgt. Bereits in den frühen 60er Jahren bezifferte der Religionssoziologe *Shivko Oschavkov* diese Anhänglichkeit auf ein rundes Drittel der Bulgaren, und danach kam es auch in Bulgarien zu der aus ganz Osteuropa bekannten Renaissance von Glaube und Kirche.

Erst wenn man sich die Gegenwart genauer anschaut, stößt man auch auf die Kirche – deren Spuren absolut nicht verwischt sind. Bereits vor der Wende wurde das „Komitee zur Verteidigung religiöser Rechte, Gewissensfreiheit und geistiger Werte“ gegründet, das im Dezember 1989 zur „Union demokratischer Kräfte“ stieß und im Januar 1990 mit dieser am „Runden Tisch“ saß. Dabei meldete sich Metropolit *Pimen*, um die jahrzehntelange Beeinträchtigung der Gläubigen zu kritisieren, die Rückgabe enteigneten Kirchenguts zu fordern und vom „Nationalinstitut für Kulturdenkmäler“ mehr Fürsorge für Kirchen und Klöster zu verlangen.

Als *Pimen* seine Forderungen erhob, hatte das „Komitee“ bereits energisch Flagge gezeigt. Unter seinem Gründer und Leiter, *Christofor Sybev*, organisierte es am 7. Dezember 1989 eine religiöse Kundgebung vor der Kirche „Hl. Sofia“ – von der die Hauptstadt ihren Namen hat und die auch im Stadtwappen prangt –, an der Tausende Menschen teilnahmen. Viele von ihnen waren gar nicht religiös, wohl aber aus patriotischem Sentiment prokirchlich und vor allem gegen die alten Verhältnisse eingestimmt. Folglich konnten die Organisatoren der Demonstration auf breite Unterstützung ihrer Postulate rechnen, die sie anschließend beim nahegelegenen Parlament abgaben: Wiedereinführung der christlichen Feiertage Weihnachten und Ostern, Zulassung kirchlicher Publizistik, Gleichstellung von kirchlicher und ziviler Trauung, Einführung eines fakultativen Religionsunterrichts in den Schulen, Befreiung der Mönche und Nonnen von der sog. „Junggesellen-Steuer“, Gleichstellung der Geistlichen bei den Pensionen etc.

Zu dieser Zeit liefen schon staatliche Vorbereitungen für ein *neues Kirchengesetz*; der Entwurf wurde Mitte Dezem-

ber 1989 an die *Kirchen* zur Beratung geschickt und Ende Januar 1990 von *Ljubomir Popov*, „Vorsitzender des Komitees für Fragen der Bulgarischen Orthodoxen Kirche und der religiösen Kulte beim Außenministerium“, der Presse vorgestellt. Er enthielt die Zusicherung absoluter Glaubensfreiheit für alle Bürger sowie die Streichung der *staatlichen Anerkennung* von Glaubensgemeinschaften als juristische Personen. Diese Anerkennung war den *Katholiken* und *Protestanten* bislang in Bulgarien versagt, was ihr Wirken zwar nicht grundsätzlich beeinträchtigte, sie jedoch gegenüber den „anerkannten“ Orthodoxen, Muslimen, Juden und Armeniern ins Hintertreffen brachte. Ebenfalls verzichtete der Staat auf sein bisheriges Recht, direkt in die Kirchenadministration einzugreifen. Konfessionen dürfen künftig Schulen, Krankenhäuser u. ä. einrichten, Religionsunterricht erteilen etc., ohne daß dafür eine Erlaubnis der Regierung einzuholen ist.

Damit dürfte auch für die kleine Minderheit, die die *Katholiken* in Bulgarien darstellen, sich die Hoffnung auf ein freieres Leben verwirklichen. Zusammen etwa 60 000 Gläubige sind in zwei Denominationen präsent: der römisch-katholischen mit einem Bischofssitz in Plovdiv, 40 Geistlichen und ca. 30 Kirchengebäuden und den Katholiken des östlichen Ritus mit ca. 10 000 Gläubigen, einem Apostolischen Exarchen in Sofia und 25 Gemeinden. Gerade bei den Katholiken könnte zudem noch ein zweiter Aspekt wirksam werden: die Wiedergutmachungen früheren Unrechts. In Zeitungsarchiven kann man z. B. noch den stalinistischen Schauprozeß vom September 1952 nachlesen, bei dem 40 Geistliche als „Spione“ des Vatikans und Imperialismus verurteilt wurden. Erst in den 60er Jahren kamen viele von ihnen wieder frei, und in den 70er Jahren bahnte sich eine vorsichtige „Normalisierung“ des Verhältnisses Katholiken–Staat an, gefördert durch Sofias außenpolitisches Interesse am Vatikan. Aber dennoch bleibt auch gegenüber den Katholiken noch vieles „aufzuarbeiten“.

Vermutlich werden die Möglichkeiten der Kirche(n) noch großzügiger abgesteckt werden, denn die Öffentlichkeit steht auf ihrer Seite. Am 24. November 1989 wurde in der südbulgarischen Stadt Plovdiv – traditionell ein Zentrum der nichtorthodoxen christlichen Konfessionen – darunter die kleine, nur etwa 60 000 Gläubige zählende katholische Minderheit – eine „Christlich-Republikanische Partei“ gegründet, die bis Jahresende in 24 Städten Fuß faßte und eine eigene *Jugendorganisation* gründete, zudem ein Bündnis mit der verwandten „Demokratischen Christlichen Bewegung“ einging. Forderungen nach Glaubens- und Gewissensfreiheit finden sich zudem in den Programmen fast aller Gruppen und Parteien, die „Allgemeine Deklaration der Menschenrechte“ wurde sogar im Zentralorgan der BKP abgedruckt, und aus der albulgarischen Hauptstadt Veliko Tyrnovo meldete sich bereits Mitte Dezember 1989 eine „Unabhängige Studentenliga“, die u. a. forderte: „Einführung neuer Fächer für fakultativen Unterricht – z. B. Grundlagen der Religion (von einem Priester zu erteilen)“.

„Boshe pazi Bylgarija – Gott schütze Bulgarien“ war bis 1944 auf dem Rand bulgarischer Münzen eingeprägt. Gegenwärtig wächst laufend die Zahl der Bulgaren, die sich an diese Bitte wieder erinnern.

„Die Wiederentdeckung einer alten Freundschaft“ erlebte Bundespräsident von Weizsäcker 1988 in Bulgarien. Und das war absolut zutreffend – die „Deutschfreundlichkeit“ der Bulgaren ist verbürgt und bewährt, seit jenem Vertrag zwischen Ludwig dem Deutschen und Chan Boris I. aus dem 9. Jahrhundert, mit dem die Christianisierung der Bulgaren beschlossen wurde. Und in Bulgariens neuzeitlicher Geschichte sorgte eine enge kulturelle Zusammenarbeit mit Deutschland, daß die Freundschaft der Bulgaren ein dauerhaftes Fundament bekam – sichtbar bis heute u. a. in den acht „Gymnasien mit deutscher Unterrichtssprache“, die es in Bulgarien als einzigem osteuropäischen Land gibt.

Gegenwärtig ist in diese freundliche Grundstimmung noch ein politisches Moment gekommen. In Bulgarien hat man sehr genau verfolgt, was in der „Deutschen Diskutierenden Republik“ – so oftmals in der bulgarischen Presse genannt – geschah, und machte es nicht selten nach. Und was gar die Wiedervereinigung der Deutschen betrifft, so haben die Bulgaren damit überhaupt keine Probleme. Selbst Shvirkov konnte die „Abgrenzer“ Ulbricht und Honecker nicht ausstehen und hat es ihnen oft genug gesagt, wie wenig er von ihren Konzepten hielt. Nach der Wende interessierten sich die Bulgaren vor allem für die Berliner Mauer – die sie völlig zu Recht als Symbol für alle negativen Seiten des stalinistischen „Sozialismus“ ansahen. Als das häßliche Bauwerk fiel, verfolgte man das in Sofia mit offener Schadenfreude: „Wer Mauern zwischen Menschen errichtet, muß sie am Ende mit dem eigenen Kopf wieder einhauen!“

Wolf Oschlies

Kurzinformationen

Nach der Ernennung von sechs neuen Bischöfen sind alle Bischofsstühle in der Tschechoslowakei besetzt

Am Festtag der Slawenapostel Kyrill und Method (14. Februar) ernannte Johannes Paul II. fünf neue Bischöfe für die Tschechoslowakei: davon einen für Böhmen (Budweis), einen für Mähren (Brünn) und drei für die Slowakei (Kaschau, Neusohl und Rosenau). Bischof von Brünn wurde der 43jährige Regens des Priesterseminars von Leitmeritz, *Vojtech Cikrle*; Bischof von Budweis der 57jährige Gemeindepfarrer *Miloslav Vlk*; Bischof von Kaschau der 56jährige Pfarrer in Cervanic, *Alojz Tkac*; Bischof von Neusohl der 50jährige Gemeindegeistliche in Turciansky Peter, *Rudolf Balaz*, und Bischof von Rosenau wurde der 56jährige Pfarrer und frühere Spiritual am Priesterseminar in Preßburg, *Eduard Kojnok*. Abgesehen vom slowakischen Bistum Neusohl, wo Bischof Balaz den bisherigen 80jährigen und bis zuletzt der regimenahen Friedenspriestervereinigung „Pacem in terris“ verpflichteten Bischof *Joseph Feranec* ablöste, handelt es sich um Neubesetzungen. Nachdem der Papst bereits 8 Tage vorher den Jesuitenpater und „Geheimbischof“ *Jan Korec* (66) zum Bischof des slowakischen Diözese Neutra bestellt hatte, sind mit diesen Ernennungen alle 13 Bistümer der Tschechoslowakei mit Diözesanbischöfen besetzt. Bischof Korec, der auch vor kurzem die Leitung des Priesterseminars für die slowakischen Diözesen in Preßburg übernommen hatte, sträubte sich übrigens zunächst gegen die Übernahme einer Diözese, hat sich dann aber wohl von Mitbrüdern zu Hause wie vom Papst umstimmen lassen. Am Profil der Neuernannten fällt auf, daß es sich durchwegs um solche Priesterpersönlichkeiten handelt,

die über kürzere oder längere Zeit *staatliches Berufsverbot* hatten, also ihren Beruf als Seelsorger nicht ausüben durften, und deshalb längere Zeit in der Industrie oder im Dienstleistungsgewerbe – durchwegs an niedrigen Stellungen gearbeitet haben. Alle Neuernannten, auch Bischof Korec, galten schon längere Zeit als mögliche künftige Diözesanbischöfe. Von ihnen konnte aber keiner vor der Wende in Prag gegenüber staatlichen Verhandlungspartnern durchgesetzt werden. In einer vatikanischen Stellungnahme zu den Neuernennungen hieß es, diese seien im Blick auf eine „wahrscheinliche Reise des Papstes“ in die Tschechoslowakei von besonderer Bedeutung. In absehbarer Zeit wird auch noch die Ernennung von Weihbischöfen für mehrere Diözesen (gegenwärtig gibt es nur zwei in der Erzdiözese Prag) folgen.

Die Deutsche Bischofskonferenz meldet Vorbehalte zum geplanten Ausländerrecht an

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Bischof von Mainz, *Karl Lehmann*, hat in einer Stellungnahme, die auf einen Beschluß des Ständigen Rates der Bischofskonferenz zurückgeht, „nicht unbeachtliche Bedenken“ zu dem im Dezember vom Bundeskabinett verabschiedeten und gegenwärtig im Gesetzgebungsverfahren befindlichen *Entwurf zur Reform des Ausländerrechts* angemeldet (vgl. HK, Januar 1990, 6 f.). Die vom Vorsitzenden der Bischofskonferenz geäußerten Bedenken betreffen sowohl *Methode* wie *Inhalt* des Entwurfs. Es werde zu Recht beklagt, der Entwurf sei zu kompliziert und vor allem den betroffenen Ausländern kaum verständlich. Be-